



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

C-r.: Vom deutschen Reichstag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

legenheit des Fröttstädter Unglücks im Jahre 1873, an die gehässigen Heterereien der Berliner Witblätter gegen Bahnverwaltungen, die sich schließlich als gänzlich schuldlos herausstellten. Der Mensch besitzt nicht nur Rechte, sondern hat auch Pflichten zu erfüllen und zwei der vornehmsten sind, Anstand und Gerechtigkeit zu üben.

Alfred Blum.

Vom deutschen Reichstag.

Berlin, den 10. Januar 1875.

Die drei Sitzungen, welche der Reichstag bis heute in diesem Jahre gehalten, haben sich mit technischen Gegenständen beschäftigt. Nur der unvermeidliche Diätenantrag Schulze-Delitzsch bildete eine Ausnahme. Er fand wiederum die gewohnte große Majorität, indem nur die konservativen Fraktionen und wenige Nationalliberale dagegen stimmten. Ueber die Diätenpassion ist kein Wort weiter zu verlieren. Die gute Folge, welche die wiederholte Annahme des Antrags hat, wollen wir auch heute ihr nachzurühmen nicht unterlassen. Die Folge nämlich, daß der Gedanke einer umfassenden Veränderung des Reichswahlgesetzes, den man sonst gern auf eine entfernte Zukunft verschöbe, als eine unumgängliche Aufgabe der nächsten Zukunft sich präsentiert. Vielleicht haben wir schon bei der nächsten Wiederholung Anlaß, den Charakter dieser Veränderung ins Auge zu fassen. —

Wenn der Reichstag in den erst wenigen Sitzungen dieses Jahres noch keine wichtige Berathung gepflogen, so stehen solche doch dieser Session unzweifelhaft noch bevor. Abgesehen von dem Bankgesetz, mit dessen Vorberathung die dafür eingesetzte Commission langsamer vorwärts kommt, als wünschenswerth wäre, ist der höchst wichtige Entwurf eines Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung, unter dem 6. Januar vollzogen, am Tage des Wiederzusammentritts an den Reichstag gelangt. Außerdem liegt ein Antrag der Fortschrittspartei vor, das Privilegium der Reichstagsmitglieder gegen Untersuchungs- und Schuldhaft auf Befreiung von jeder Art von Haft auszudehnen. Die Fortschrittspartei hat bei diesem Antrag das Centrum, die Socialdemokraten, Elsässer und Polen zu sicheren Bundesgenossen. Es bedarf nur des Uebertritts einiger Nationalliberalen, welche durch ihre Abstimmung für die Resolution Hoverbeck für den jetzigen Antrag gewissermaßen engagirt sind, und die Entscheidung hängt an einem Haare. Trotz mancher neuerdings eingelegten Ber-

wahrung bleibt wahrscheinlich, daß, wenn der jetzige fortschrittliche Antrag, der den Namen Hoffmann trägt, nicht auf irgend eine Weise geräuschlos begraben wird, derselbe eine Krisis der nationalliberalen Partei zur Folge hat.

Zum 16. Januar ist der preussische Landtag einberufen. Der Reichstag wird an diesem Tage seine Arbeiten auf keinen Fall beendigt haben. Aber die Einberufung des Landtags konnte nicht länger aufgeschoben werden, weil die preussische Verfassung die alljährliche Einberufung zwischen Anfang November und Mitte Januar verlangt. Der Landtag wird eine Anzahl Commissionen wählen und alsdann bis zum Schlusse des Reichstags nur eine oder die andere Sitzung für formelle Geschäfte halten. So lassen sich die Uebelstände des Nebeneinandertagens einigermaßen vermeiden, obwohl nicht gänzlich. Denn die Landtagscommissionen, deren Mitglieder meistens auch im Reichstage beschäftigt sind, werden zunächst nicht viel arbeiten, und der Landtag wird unmittelbar nach dem Schluß des Reichstags von seinen wichtigeren Geschäften noch keine vorbereitet finden. Die Folge wird sein, daß die Landtagsession sich bis tief in den Sommer hinein erstreckt. Wenn damit bloß die angebliche Beschwerde für die Landtagsmitglieder verbunden wäre, einen Theil der schönen Sommerzeit in Berlin sein zu müssen, so würde uns dieses Unglück völlig ungerührt lassen. Es ist aber zuviel parlamentarische Arbeit vom October bis zum Juni, also während dreier Vierteltheile des Jahres.

Zu viel für die Nation, welche diese Beratungen mit dieser Theilnahme begleiten und für sich verarbeiten soll. Zu viel für die Regierungsmitglieder, welche diese Arbeiten leiten, vorbereiten und mit der Staatspraxis in Harmonie erhalten sollen, zu viel für die Parlamentarier, deren arbeitender Theil dem preussischen Abgeordnetenhaus wie dem deutschen Reichstag angehört. Wo ist der Sitz des Uebels? Man hat oft gesagt: in der unvermeidlichen Arbeitsüberhäufung einer Regenerationsepöche. Man mag diesem Grund noch so viel Achtung zollen, wie wir es entschieden thun, das Uebel könnte und sollte besser in Schranken gehalten werden. Wenn wir uns zwar in einer Regenerationsepöche befinden: die Arbeit brauchte nicht in dem Maße, wie es geschieht, überstürzt zu werden. Dem jetzt zusammentretenden Landtag soll ziemlich der ganze Complex der Gesetze vorgelegt werden, welche die preussische Verwaltungsreform einschließen. Ein großes und dringendes Unternehmen, das aber gleichwohl, ohne den geringsten Schaden zu leiden, noch um eine Session, und selbst um eine Legislaturperiode hätte verschoben werden dürfen. Es giebt Gesetze, die sich durchaus nicht aufschieben lassen, weil durch ihre Abwesenheit so zu sagen ein Leck im Schiff entsteht. Solcher Art ist das Bankgesetz. Solcher Art ist aber mit nichten die preussische Verwaltungsreform. Hier handelt es sich um einen Bau, der ein gesundes Staatsleben durch Jahrhunderte tragen soll, und dem nichts gefährlicher, als wenn er aus

Eile ohne das volle Maß der Ueberlegung begonnen wird, das er erheischt. Der alte Bau kann unsere Zukunft nicht tragen, aber er kann uns sehr wohl noch einige Jahre tragen, wenn diese Jahre dienlich sind zur desto besseren Anlegung des Neubaus. Die Uebertreibung einer an sich ja. nothwendigen Eile und Arbeitsüberhäufung läßt sich nur aus dem epidemischen Charakter erklären, den alle großen Zeitrichtungen annehmen, ein Charakter, der wiederum nur zu erklären ist aus der Widerstandsunsähigkeit der großen Masse der unselbständigen Naturen. Es ist der alltägliche, aber stets unerfreuliche Anblick, wenn eine Menge, die irgendwo in geschlossenem Raume versammelt war, mit einem Male nach dem Ausgang drängt. —

Inzwischen giebt es allerdings Leute, die sich bemühen, ad oculos zu beweisen, daß mit der preussischen Verwaltungsreform keinen Tag mehr zu zögern ist. Am Schlusse des vorigen Jahres hat die vorschriftsmäßige Partialerneuerung der Berliner Stadtverordneten stattgefunden. Diese Versammlung, die seit vierzehn Jahren etwa eine fortschrittliche Majorität und Herrn Virchow als deren Autorität besitzt, hat von ihrer Majorität neuerdings eine sogenannte Bergpartei sich absondern sehen, und die letzten Wahlen haben dieser Partei die Majorität verschafft. Am 7. Januar wurden die neuen Mitglieder eingeführt, und die neue Majorität setzte sogleich den verdienten fortschrittlichen Vorsteher der Versammlung, Herrn Kochmann, der diesen Posten zwölf Jahre lang mit allgemeiner Anerkennung bekleidet, ab. Darauf ließ sie den leitenden Tribünen, den sie sich erkoren, Herrn Eugen Richter, sich mit einer neuen Geschäftsordnung präsentiren, die Niemand außer dem Verfasser kannte, für die aber unbesehen eine Commission beschloffen werden sollte. Auf die Neußerungen des Befremdens, welche gegen dieses Verlangen aus der Minorität laut wurden, antwortete die Majorität mit solchen Grobheiten und solchem Skandal, daß allerdings der Anfang vom Ende sich nicht verkennen läßt. Mit dieser Art von Bildung der Gemeindevertretung, mit dieser Art von Theilung der Befugnisse zwischen Magistrat und Stadtverordneten geht es nicht mehr. Wenn man den Bericht über diese Sitzung liest, macht es einen eigenthümlichen Eindruck, wenn zwischen dem Skandal der Oberbürgermeister, ein feiner, edler Mann, wie ein Grieche unter Barbaren erscheint, um aus Anlaß der Einführung neuer Stadträthe zwischen dem wüsten Lärm Worte der Bildung vernehmen zu lassen. Mit dem Verlangen, welches diese Scenen hervorrufen, harmonirt allerdings und befriedigt es, wenn wir lesen, daß der Minister des Innern die Oberbürgermeister zu Conferenzen über die Reform der Städteordnung zusammenberufen hat, eine Reform, die wir bei aller Nothwendigkeit, nach dem oben Gesagten, nicht gern übereilt sehen möchten. —

Im Prozeß Arnim ist im letzten Augenblick vor Ablauf der zulässigen Grenzboten I. 1875.

Frift die Berufung durch den Staatsanwalt wie durch den Verurtheilten angemeldet worden. Der Verurtheilte und seine Rechtsbeistände haben es für nöthig gehalten, dem Beispiel des Staatsanwalts zu folgen, um die Aussicht einer totalen Freisprechung durch ihre Befriedigung bei dem ersten Urtheil nicht etwa zu vermindern. Der Staatsanwalt aber hat die Berufung wohl nur darum eingelegt, um die Rechtsgrundsätze, welche das Urtheil der ersten Instanz aufgestellt, sich nicht einbürgern zu lassen, z. B. den Grundsatz, daß ministerielle Anweisungen an die Gesandten und Berichte der Gesandten an den Minister keine Urkunden seien. Im Uebrigen darf man sagen, daß das Interesse des großen Publikums an dem Prozeß erschöpft ist. Man weiß vollkommen, wie man mit dem Helden daran ist, und nur Blätter wie der „Newyork herald“ und Consorten allerwärts preisen den Helden als Helden.

C—r.

Briefe aus der Kaiserstadt.

Berlin, 10. Januar 1875.

Mit dem neuen Jahre hat für die Hauptstadt des deutschen Reichs in ganz besonderem Grade eine neue Aera begonnen. Im November hatte eine partielle Erneuerung der Stadtverordnetenversammlung stattgefunden. In dem Wahlkampfe hatte eine gemäßigte, lediglich die communalen Angelegenheiten ins Auge fassende Richtung einem Radicalismus gegenüber gestanden, der besonders im letzten Jahre das politische Fraktionswesen in das Collegium einzuführen bestrebt gewesen war. Die letztere Partei hatte den Sieg davongetragen und dadurch die Majorität in der Versammlung erlangt. Sie ließ von Anfang an keinen Zweifel darüber, daß sie ihre Uebermacht gründlich ausnützen würde; aber ihr am letzten Donnerstag erfolgtes Debüt hat auch die schlimmsten Befürchtungen übertroffen. Man begann mit der Beseitigung des Stadtverordnetenvorstehers Kochhann; mit zwei Stimmen über die absolute Majorität (mit 53 von 100) wurde der Candidat des „Berges“ oder der „Fraction der Linken,“ wie sich die Opposition bisher zu nennen liebte, gewählt. In seiner Annahmeerklärung nannte der neue Präsident Herrn Kochhann einen Mann, dem an Eifer und rastloser Thätigkeit Niemand gleichkommen werde. „Die Hingebung,“ sagte er u. A., „mit der mein Vorgänger die zwölfjährige Thätigkeit hier geleitet hat, ist über jedes Lob erhaben. Wie auch die Verhältnisse sich gestalten mögen, das ist meine Ueberzeugung, diese